

# Einigung mit dem Sägewerk über Bebauung

## Fläche für Reitweg

### Gottenheimer Gemeinderat reduziert Geschossflächenzahl

VON UNSEREM MITARBEITER  
MARIO SCHÖNEBERG

GOTTENHEIM. Mit neun Jastimmen bei zwei Enthaltungen und zweimal Nein stimmte der Gottenheimer Gemeinderat dem Antrag des Sägewerkes Meier zu, den Bebauungsplan „Sägeplatz“ dahingehend zu ändern, dass nur noch eine Bebauung mit einer Geschossflächenzahl von 1,2 statt wie bisher 1,6 zulässig sein soll. Die Änderung soll in einem vereinfachten Verfahren stattfinden. Die Kosten für die Planänderung trägt das Sägewerk.

Der Bebauungsplan „Sägeplatz“ ist schon länger ein Streitpunkt in Gottenheim. Im April 2002 war die derzeit gültige Fassung mit der Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,6 nach heftigen Diskussionen bei zwei Gegenstimmen beschlossen worden. Eine GFZ von 1,6 bedeutet, dass die überbaute Fläche, in mehreren Etagen, das 1,6-fache der Grundstücksfläche betragen darf.

Während die Anwohner seinerzeit befürchteten, dass ein so großes Sägewerk noch mehr Lärm und Staub verursachen werde, argumentierte die Gemeindeverwaltung damals, dass eine GFZ von 1,6 bei Gewerbegebieten allgemein üblich sei. Eine Ausnahme sei nicht angebracht, insbesondere falls die Firma das Gelände einmal verkaufen sollte, sollten alle Nutzungsoptionen offen bleiben.

Das Sägewerk ging seinerzeit sogar vor Gericht, um eine geringere GFZ zu erreichen, da Umlagen und Gebühren nach der GFZ berechnet werden. Rechnungsamtsleiter Hans-Friedrich Weßels erklärte, dass wegen der laufenden Verfahren die Wasser- und Abwasseranlage des Sägewerkes noch nicht abgeschlossen

sei. Bei einer Verringerung der GFZ gingen der Gemeinde rund 37 000 Euro verloren, weil sich die Veranlagung auch nach der maximal möglichen Nutzbarkeit eines Grundstückes richte.

Bürgermeister Volker Kieber befürwortete dennoch die Bebauungsplanänderung. Es sei eine Verbesserung für die Nachbarn. Zudem sei es ein unnötiger Eingriff, wenn weder der Betreiber noch die Nachbarn die größere GFZ wollten. Zudem seien von der Gemeinde Fehler gemacht worden. Man müsse sich nun vom Prozess und von persönlichen Dingen lösen und die Sache nüchtern sehen, dann sei es eine ganz einfache Entscheidung.

### Der Gemeinderat tat sich nicht leicht

Wolfgang Streicher (SPD) erwiderte, die Sache sei 2002 ausführlich diskutiert und abgewogen worden, beim damaligen Beschluss solle man es belassen. Birgit Wiloth-Sacherer (SPD) ergänzte, es sei ein schwieriges Thema, die Sache sei sogar schon mal beim Verwaltungsgerichtshof anhängig gewesen. Es habe damals gute Gründe für die GFZ von 1,6 gegeben.

Kurt Hartenbach (FWG) erklärte, damals habe man auf lange Sicht gesehen, eine GFZ von 1,6 für besser gehalten. Nun sei man aber schlauer geworden. Insbesondere wenn alle Beteiligten etwas anderes wollen. Markus Eberle (SPD) fehlten Informationen, was alles schon gelaufen sei. Er regte an, die Abstimmung zu vertagen. Dies wurde vom Gremium mehrheitlich abgelehnt. Schlussendlich stimmte der Rat für die Änderung des Bebauungsplans. Birgit Wiloth-Sacherer und Wolfgang Streicher waren dagegen.

GOTTENHEIM (ms). Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die meisten gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Grundstücke wieder an die bisherigen Pächter für weitere neun Jahre zu verpachten. Der Pachtvertrag war im November 2005 nach neun Jahren ausgelaufen. Einige Pächter hätten mitgeteilt, dass sie ihre Flächen nicht mehr bewirtschaften wollen, berichtete Bürgermeister Volker Kieber. Diese Flächen würden nun an andere Landwirte vergeben. Ebenfalls berücksichtigt wurden Anträge auf kürzere Pachtzeiten, zu meist aus Altersgründen der Landwirte. Der Pachtpreis solle wegen der schwierigen Lage der Landwirtschaft generell nicht erhöht werden, meinte Bürgermeister Kieber. Christiane Weber vom Steueramt der Gemeinde erläuterte, dass der Zins auch vor neun Jahren schon nicht erhöht worden sei. Der Bürgermeister schlug aber ein Glätten der unrunder Pachtzinsen vor, die nach der Euromstellung entstanden sind. Dadurch würden für die betroffenen Landwirte maximal 25 Euro Mehrkosten im Jahr entstehen. Keine Einigung unter den Landwirten konnte zum Thema Reitweg entlang der Aussiedlerhöfe erzielt werden, berichtete Bürgermeister Kieber. Viele Landwirte seien nicht bereit, Feld abzugeben, das dann nur dem Betreiber des Reiterhofes nutzen würde. Dennoch meinten viele Gemeinderäte, dass man eine politische Lösung finden müsse. Oft genug käme es zu gefährlichen Situationen zwischen Reitern und Landwirten oder Radfahrern. Die Räte einigten sich auf den Vorschlag von Birgit Wiloth-Sacherer (SPD), in die betreffenden Pachtverträge aufzunehmen, dass die Landwirte auch vor Ablauf der Pachtfrist auf einen Ackerstreifen verzichten müssen, wenn die Gemeinde einen Reitweg anlegen möchte.